WP-01-K3-142-2

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Stephanie Aeffner (KV Pforzheim und Enzkreis)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 141 bis 142 einfügen:
Bereitstellung von Rettungsdiensten, die Unterbringung von Geflüchteten oder Jugendsozialarbeit müssen vollständig von Bund und Ländern übernommen werden.

Zudem müssen wir dafür Sorge tragen, Kommunen nicht mit immer mehr und unnötiger Bürokratie zu belasten. Die Umsetzung der Bezahlkarte für Geflüchtete beispielsweise sorgt vielerorts für enormen zusätzlichen Verwaltungsaufwand und Personalbedarf. Die Bezahlkarte werden wir so weiter entwickeln, dass sie - entsprechend des Hannoveraner Modells - nur für Geflüchtete ohne Bankkonto eingesetzt wird und dadurch eine tatsächlichen Entlastung der Kommunen bewirkt. Anspruchsberechtigte erhalten so einen diskriminierungsfreien Zugang zu bargeldlosen Zahlungen, während gleichzeitig die Auszahlungsprozesse vereinfacht werden. Das bedeutet weniger Bürokratie und einen geringeren Personalaufwand.

Begründung

mündlich

weitere Antragsteller*innen

Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen); Filiz Polat (KV Osnabrück-Land); Swantje Henrike Michaelsen (KV Hannover); Ralf Gäer (KV Märkischer Kreis); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Sebastian Karg (KV Schwäbisch Hall); Simon Dylla (KV Wiesbaden); Tariq Kandil (KV Berlin-Reinickendorf); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Klaudia Maria Hanisch (KV Göttingen); Sebastian Wormsbächer (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Wolfgang Strengmann-Kuhn (KV Offenbach-Stadt); Marco Tiedtke (KV Leipzig); Rüdiger Tonojan (KV Emmendingen); Sabine Grützmacher (KV Oberberg); sowie 63 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.